

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/153

14. August 1974

Das Alarmsignal von Zypern

Alle Anstrengungen für die Sicherung des Friedens!

Seite 1 / 42 Zeilen

Dank an einen aufrechten Sozialdemokraten

Gedanken zum 70. Geburtstag von Franz Neumann

Von Klaus Schütz MdA

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin und
Regierender Bürgermeister

Seite 2 und 3 / 50 Zeilen

Ausweitung der innerdeutschen Sportbeziehungen

SPD wird den BRD-DDR-Sportverkehr energisch fördern

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Denkmalschutz und Stadtentwicklung

Ein nationales Gesamtkonzept ist überfällig

Von Dr. Olaf Schwienke MdB

Mitglied des Deutschen Nationalkomitees zur Vor-
bereitung des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975

Seite 6 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Ecken

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Telefon: 22 80 37 - 38

Das Alarmsignal von Zypern

Alle Anstrengungen für die Sicherung des Friedens!

Der Ausbruch der Kriegshandlungen auf der Ostmittelmeerinsel Zypern, der für den Normalbürger völlig überraschend kam, ist in seinen Folgen noch nicht zu übersehen. Der Schock, den der Angriff der Türken auslösen muß, verbindet sich sofort mit beunruhigten Überlegungen über Antworten auf die Fragen nach den Auswirkungen auf das ganze westliche Lager und auf das politisch-militärische Gleichgewicht im europäisch-nahöstlichen Mittelmeerraum.

Die Meldungen und Informationen der nächsten Stunden und Tage werden nähere Auskunft geben über die Verwicklungen, die sich über das Scheitern der Genfer Zypernkonferenz hinaus bis in die Explosionen der Flugzeugbomben und der Artilleriegranaten eskaliert haben. Dann wird man erkennen und wissen, wer die Verantwortung für dieses unverantwortliche Geschehen trägt und wo die Versäumnisse zu suchen sind, die es zuließen, daß an diesem 14. August 1974 unschuldige Menschen ihr armes Leben unter dem Feuertod lassen mußten, der aus dem blauen Himmel auf sie herunterkam. Schließlich wird man auch erfahren, warum sich Politiker europäischer Staaten in Positionen verrannt haben, aus denen heraus dann die Befehle zum Angriff von Angehörigen des einen NATO-Staates auf Angehörige des anderen NATO-Staates erteilt wurden.

Wie immer auch die Antworten auf dieses Bündel von Fragen ausfallen werden und wie groß eines Tages unser Wissensstand auch sein wird: Heute schon und morgen erst recht müssen wir befürchten, daß die Bomben- und Granatexplosionen auf Zypern dem westlichen Bündnis und Europa insgesamt schwersten Schaden zugefügt haben. Das Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl im atlantisch-europäischen Bündnis, schon seit langem durch Querelen größeren oder minderen Ausmaßes gekränkt, ist durch den türkischen Angriff und durch das griechische Ausscheren erneut erheblich belastet worden.

Diese Erkenntnis muß den 14. August 1974 zu einem tragischen Datum werden lassen - aber auch zu einer drängenden und verlangenden Aufforderung an alle verantwortlichen Politiker in dieser westlichen Welt, mit höchster Anstrengung alles dazu beizutragen, daß zunächst einmal die Waffen auf Zypern schweigen und das Töten beendet wird, daß aber dann im aktiven Einsatz nichts unterlassen wird, was den Frieden sichert. Die Menschenopfer von Zypern sind ein unüberhörbares Alarmsignal!

(ee/14.8.1974/bgy/ee)

+ + +

Dank an einen aufrechten Sozialdemokraten

Gedanken zum 70. Geburtstag von Franz Neumann

Von Klaus Schütz MdA

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin und Regierender Bürgermeister

Wer ihn kennt und wer ihn sieht, der vermag es kaum zu glauben: Franz Neumann hat am 14. August sein 70. Lebensjahr vollendet. Die Berliner Sozialdemokraten überbringen ihm die herzlichsten Glückwünsche und sagen Dank für den unermüdlichen Einsatz und die Sorge um das Wohl der Bürger dieser Stadt.

Während andere nach den Jahren und Jahrzehnten mühsamer Arbeit und persönlicher Entbehrungen die wohlverdiente Ruhe vom hektischen Treiben des Alltags suchen, ist er der geblieben, als den wir ihn in der Partei kennen und schätzen gelernt haben: der unermüdliche und stets hilfsbereite Sozialdemokrat, der ungebrochen und kämpferisch unsere gemeinsamen Ziele einer Gesellschaft in Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität verfolgt.

Die Arbeiterwohlfahrt, in der er seit Jahren den Vorsitz führt, gibt ihm hierzu mehr als ausreichend die Gelegenheit, fordert von ihm das, was er als der demokratische Politiker immer zu geben bereit war.

Die Reihen derer, die Franz Neumann aus den Jahren des durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zerstörten Nachkriegsberlins kennen, haben sich gelichtet. Diejenigen, die an seiner Seite standen, als er, der Vater der Urabstimmung, die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit der Berliner SPD gesichert hatte, erinnern sich an den Mut und die Beharrlichkeit, gepaart mit seiner natürlichen Spontaneität, mit der er an die Dinge herangegangen ist.

Das hatte nicht nur für die Partei existentielle Bedeutung. Es hatte Auswirkungen für die ganze Stadt. Auch bei denen, die diese Zeit nicht

miterlebten, gibt es heute keine geteilte Meinung über die Richtigkeit dieser Entscheidung. Denn die Urabstimmung mit ihrem Ergebnis war ein Bekenntnis für die Freiheit der Partei, für die Freiheit unserer Stadt und für die Demokratie in unserem Lande.

Was wir heute als selbstverständlich hinnehmen, ist kein Zufall und kein Geschenk von irgendwoher, sondern es ist das Ergebnis eines harter Ringens und es ist etwas, was ständig neu verteidigt werden muß.

In Anerkennung der geschichtlichen Verdienste Franz Neumanns für Berlin wurden ihm am 20. Oktober 1971, dem 25. Jahrestag der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, die Ehrenbürgerrechte des Landes und der Stadt Berlin verliehen.

Franz Neumann war nicht immer ein bequemer Sozialdemokrat. Der Berliner Journalist Walter G. Oschilewski hatte hierzu anlässlich des 65. Geburtstages geschrieben: "Er redet, wie es ihm die Situation und das Gewissen eingeben, auch wenn es nicht immer das Richtige ist." Und zu einem draufgängerischen Mut gehört ein starkes Selbstgefühl, das seinen Feinden mitunter einiges zu schaffen macht. Aber "Menschen sind eben Menschen und keine Engel".

Dem kann ich nur hinzufügen: Wir Sozialdemokraten in Berlin brauchen auch heute Franz Neumann, und das über möglichst viele Jahre.

Und wir brauchen ihn nicht nur um unserer Tradition willen - obwohl auch das wichtig ist. Wir brauchen Franz Neumann auch und vor allem, um unsere Aufgaben in der Zukunft meistern zu können.

Wir Sozialdemokraten in Berlin sind stolz und wir sind dankbar, daß wir auch weiterhin auf unseren Franz Neumann fest zählen können - heute so wie 1946.

(-/14.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Ausweitung der innerdeutschen Sportbeziehungen

SPD wird den BRD-DDR-Sportverkehr energisch fördern

Von Günther Metzger MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Für die SPD und die Bundesregierung sind die innerdeutschen Sportbeziehungen ein wichtiges Element der Deutschlandpolitik. Die sozialdemokratische Sportpolitik hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß ein beharrliches Bemühen letztlich auch die DDR-Sportführung dazu bringt, einen Beitrag zu verbesserten Beziehungen der deutschen Sportorganisationen zu leisten. Für die SPD war es deshalb selbstverständlich, den Deutschen Sportbund bei seinen Bemühungen um den Abschluß einer Vereinbarung mit dem Deutschen Turn- und Sportbund wirkungsvoll zu unterstützen. In Kürze werden Vertreter der beiden deutschen Sportbünde über den Abschluß des Veranstaltungskalenders für das Jahr 1975 beraten. Während die erste Vereinbarung für 1974 unter einem zeitlichen und technischen Zwang stand, können die Begegnungen für das nächste Jahr besser vorbereitet werden.

In diesem Jahr kommt es zu rund 40 Begegnungen zwischen deutschen Sportlern bei zwei- oder mehrseitigen Veranstaltungen. Anlässlich des Abschlusses der Gespräche zwischen den deutschen Sportbünden erklärte der Präsident des DTSB und Mitglied des SED-Zentralkomitees, Manfred Ewald, im Mai dieses Jahres zur künftigen Entwicklung der Sportbeziehungen: "Wir sind bereit, von Anfang an eine solche Zahl aufzunehmen, die einen größeren Umfang darstellt als wir sportliche Begegnungen haben mit anderen Ländern, mit anderen nichtsozialistischen Ländern." An dieser Festlegung wird sich die DTSB-Führung bei dem weiteren Ausbau der gegenseitigen Beziehungen messen lassen müssen.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß von den Vertretern des Deutschen Sportbundes bei den anstehenden Gesprächen besonderen Wert

darauf gelegt wird, daß 1/ die Zahl der Sportveranstaltungen nicht nur ausgeweitet, sondern der Anteil der zweiseitig deutschen Begegnungen erhöht wird; 2/ mehr als in der ersten Vereinbarung möglich, Vereine der mittleren und unteren Ebene beteiligt werden; 3/ mehr Sportarten als bisher beteiligt werden sowie das Verfahren freizügiger zu gestalten ist; 4/ der Deutsche Sportbund und seine Mitgliederorganisationen die Informationen und Hilfen für die Vereine bei der Vorbereitung und Durchführung innerdeutscher Sportbegegnungen weiter verbessern; und 5/ die besondere Situation und örtliche Nähe der Vereine im Zonenrandgebiet und Berlin angemessen berücksichtigt werden.

Bedeutsam für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den deutschen Sportorganisationen ist auch die Einbeziehung der Sportwissenschaft und des Jugend- und Traineraustausches. Hierbei kann sich der Deutsche Sportbund ebenfalls auf eine entsprechende Erklärung des DTSS-Präsidenten Ewald stützen. "Ich kann mir durchaus denken, daß dem guten Anfang und den guten Erfahrungen, die wir zu gewinnen hoffen, weitere Schritte der Entwicklung der Beziehungen in verschiedenen Bereichen des Sports folgen könnten", führte Ewald aus und setzte damit einen Maßstab für die künftige Kooperationsbereitschaft der deutschen Sportorganisationen und Institutionen.

Die SPD wird mit der Bundesregierung sicherstellen, daß der innerdeutsche Sportverkehr auch in Zukunft durch Zuschüsse spürbar unterstützt wird.

(-/14.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Denkmalschutz und Stadtentwicklung

Ein nationales Gesamtkonzept ist überfällig

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied des Deutschen Nationalkomitees zur
Vorbereitung des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975

Auf der Bonner Pressekonferenz des "Deutschen Nationalkomitees zur Vorbereitung des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975" wurden einige Aspekte des Denkmalschutzes erläutert: Über die in den Gremien des Komitees bereits erarbeiteten Grundlagen, Ziele, Aufgaben, Maßnahmen usw. wurden die Journalisten hinreichend informiert. Heute, morgen und am Wochenende werden sie darüber einem mehr oder minder interessierten Publikum auf den Feuilletonseiten ihrer Zeitungen Bericht erstatten.

Wer wird das lesen? Wer wird überhaupt verstehen - und auch nur entsprechend fundiert informiert sein -, daß es sich bei dem künftigen Denkmalschutz nicht mehr um museale Konservierung von bauwürdigen Altertumsrelikten handelt, sondern damit eine reformpolitische Aufgabe zur Debatte steht: die Rettung der gewachsenen Städte, des natürlichen urbanen Lebensraumes - gegen die Interessen des Kommerzes! Städtebaupolitik wird künftig, soll Quantität vermehrten Wohlstandes und Qualität des Lebens nicht mehr so krass auseinanderklaffen, nur für die Integration überlieferter alter Bausubstanzen mit modernen strukturfördernden Maßnahmen sinnvoll sein.

Das wird bei verminderten öffentlichen Mitteln schwer werden. Doch grundlegende legislative Voraussetzungen sind hierfür durch die Städtebaupolitik der SPD/FDP-Koalition geschaffen worden - zumeist gegen die erbitterten Widerstände der CDU/CSU-Opposition: Durch die Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes (1971), den Entwurf der Novellierung zum Bundesbaugesetz (1973) und die Richtlinien für das Modernisierungsprogramm (1974), denen nun der Entwurf eines Modernisierungsgesetzes gefolgt ist.

Erhebliche Schwierigkeiten, die das noch unreformierte Bodenrecht für die Kommunen macht, werden für die Denkmalpflege zudem noch durch ein fehlendes, von den Ländern wohl auch vorläufig nicht akzeptiertes Bundesrahmendenkmalchutzgesetz verstärkt.

Prof. Dr. Hans Maier, bayrischer CSU-Kultusminister und nun auch noch Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees, hat mehr Dinge verschwiegen als gesagt - nolens volens?

Nur ein Gesamtkonzept für alte Städte und Stadtteile, an dem - unter Berücksichtigung der Studie der zuallererst und immer folgenschwerer betroffenen Altstädte Bamberg, Lübeck und Regensburg - im Bundesbauministerium intensiv gearbeitet wird, kann 1975 ein wirkungsvoller politischer Beitrag der Bundesrepublik zum Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 ermöglichen. Dazu allerdings wird es eines weiteren Reformgesetzes bedürfen. Ob sich an ihm wiederum reformunwillige Opposition und grundgesetzintendierte, also reformwillige Koalition scheiden werden? (-/14.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert